

Antrag

Initiator*innen: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: Sozialverträgliche Grunderwerbsteuer

Antragstext

1 Programmvorschlag/Problemlösung:

2
3 Die Grunderwerbsteuer soll abhängig vom Vermögen begrenzt werden.

4 Das Land soll Familien den Erwerb von Wohneigentum nicht erschweren.

5 Die Grunderwerbsteuer kann als Landessteuer im Land gestaltet werden.

6 Sie sollte auf einen Anteil des Familienvermögens von z.B. maximal 4% begrenzt
7 werden.

8
9 Begründung/Problembeschreibung:

10
11 Der Eigentumsanteil ist in Berlin weit unterdurchschnittlich. Eigentum bietet
12 aber Sicherheit und befreit von der Abhängigkeit vom Marktgeschehen.

13
14 Mit der hohen Grunderwerbsteuer werden Familien, die selbstgenutztes
15 Wohneigentum bilden wollen, Steine in den Weg gelegt. Das (aufgrund der hohen
16 Mieten) oft geringe Eigenkapital wird durch Nebenkosten derart absorbiert, dass
17 Finanzierungsmodelle in der Mittelschicht daran scheitern können.

18
19 Außerdem liegt hier ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem vor, da
20 Großinvestoren (trotz geringfügiger Änderungen) nach wie vor bei der
21 Grunderwerbsteuer privilegiert sind.

22
23 Hinweis: Das Wahlprogramm 2025 kritisiert die Maklergebühren und bedient damit

24 ein beliebtes und bequemes Feindbild. Fakt ist aber, dass der Staat beim
25 Wohnungskauf ein Vielfaches dessen abkassiert, was Makler einnehmen.

Begründung

Der Eigentumsanteil ist in Berlin weit unterdurchschnittlich. Eigentum bietet aber Sicherheit und befreit von der Abhängigkeit vom Marktgeschehen.

Mit der hohen Grunderwerbsteuer werden Familien, die selbstgenutztes Wohneigentum bilden wollen, Steine in den Weg gelegt. Das (aufgrund der hohen Mieten) oft geringe Eigenkapital wird durch Nebenkosten derart absorbiert, dass Finanzierungsmodelle in der Mittelschicht daran scheitern können.

Außerdem liegt hier ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem vor, da Großinvestoren (trotz geringfügiger Änderungen) nach wie vor bei der Grunderwerbsteuer privilegiert sind.

Hinweis: Das Wahlprogramm 2025 kritisiert die Maklergebühren und bedient damit ein beliebtes und bequemes Feindbild. Fakt ist aber, dass der Staat beim Wohnungskauf ein Vielfaches dessen abkassiert, was Makler einnehmen.